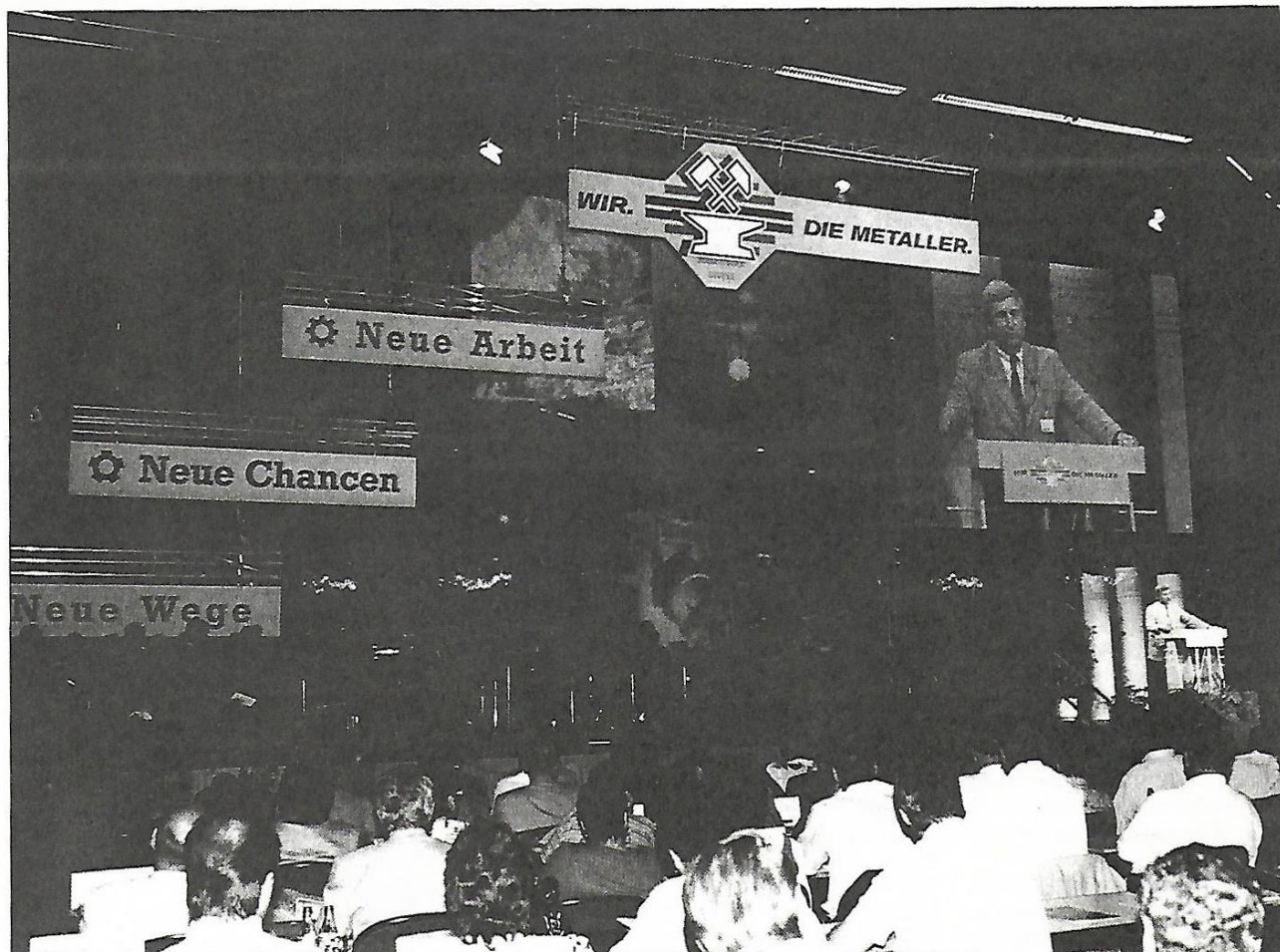




WIFO-Experte Stephan Schulmeister: **Offensive Strategien gegen die neoliberale Konterrevolution**

Eine weltweite neoliberale Konterrevolution sei voll im Gang, aber die Gewerkschaften stünden dem nahezu hilflos und defensiv gegenüber. Noch fehlten die offensiven und konstruktiven gewerkschaftlichen Gegenstrategien. Das erklärte kein linksradikaler Utopist, sondern der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) unter Beifall beim 16. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie.

Sowohl Schulmeister als auch der Sozialwissenschaftler Bernd Marin vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung sprachen zum Leitthema des Gewerkschaftstages »Neue Arbeit. Neue Chancen. Neue Wege«. Gewerkschaftsvorsitzender Rudolf Nürnberger kündigte diese vom Wirtschaftsjournalisten Reinhard Göweil moderierte Podiumsdiskussion nicht ohne Grund

als einen »Höhepunkt des Gewerkschaftstages« an.

Schulmeister besprach die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und versuchte, Wege zu ihrer Bewältigung aufzuzeigen. Es gebe internationale Faktoren wie steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Staatsverschuldung. Der Wirtschaftsexperte verstand seine Ausführungen als eine eindeutige Absage an »monokausale Ursachen« wie etwa

»hohe Löhne und steigende Sozialausgaben« für diese Entwicklung.

Der Wirtschaftsforscher sieht die Gründe für die gegenwärtigen Schwierigkeiten vielmehr

- in der zunehmenden Diskrepanz im Wachstum der Weltwirtschaft,
- im Kampf um die wirtschaftliche Führung (»leadership«) zwischen den USA, Japan und Westeuropa,
- in der Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas und den Reformstaaten Osteuropas
- und in den Unterschieden zwischen dem Hartwährungsblock und den Weichwährungsländern innerhalb der EU, wobei letztere Wettbewerbsvorteile zu Lasten der Hartwährungsländer haben.

Schulmeister bedauerte allgemein die »zunehmende Dominanz nationaler ökonomischer Politik«. Zwischen den Volkswirtschaften gebe es der-

zeit ein ständiges Gegeneinander statt eines Miteinander, »um den gemeinsamen Kuchen zu vergrößern«. Nur EU-Kommissionspräsident Jacques Delors sei für eine expansive Beschäftigungspolitik eingetreten, doch seine Initiative »stieß nicht auf Interesse bei den EU-Finanzministern und wurde nie realisiert. Schulmeister: »Zusätzlich wird in Westeuropa statt einer kooperativen und expansiven Strategie eine nichtkooperative, restriktive Politik praktiziert, die durch den Maastricht-Vertrag »gleichgeschaltet« wird und so die Wirtschaftskrise der EU verschärft und die Budgetkonsolidierung erschwert.«

Das Fazit des Wirtschaftsforschers: »Das globale Wirtschaftswachstum ist zu schwach, um bei den sich beschleunigenden Produktivitätssteigerungen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dies gilt am stärksten für Westeuropa und insbesondere für den Hartwährungsblock.«

Weniger Einkommen – weniger Konsum

Die derzeitige Wirtschaftssituation der Industrieländer bezeichnete Schulmeister als eine Art »Teufelskreis«: Es gibt eine geringe Investitionsdynamik bei zunehmender Dominanz von Rationalisierungsinvestitionen. Es gibt ein schwaches Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig starkem technischem Fortschritt und damit hohen Produktivitätszuwächsen.

Daraus entstehen als Folgen:

- ein Anstieg der Arbeitslosigkeit;
- eine Zunahme der öffentlichen Sozialausgaben;
- ein gedämpftes Wachstum der Steuereinnahmen;
- ein überdurchschnittlich wachsender Zinsdienst des Staates – insbesondere infolge

bank in den vergangenen Jahren für den Zusammenbruch der stabilen Wechselkurse in Europa verantwortlich. Die Rezession sei daher eine Folge der Überbewertung der DM und einer »nicht sehr klugen Budgetpolitik Bonns – und nicht zu hoher Löhne«. Schulmeister warnte davor, daß durch »Sparen« als neoliberale Therapie die »Krankheit erst hervorgerufen wird«: Überall dort, wo der Staat etwa durch Kürzung der Sozialleistungen niedrigere Einkommen noch weiter reduziert habe, sei es auch zu einer teilweise drastischen Einschränkung der Konsumausgaben gekommen. Der Referent: »Ich war daher erleichtert, daß das österreichische Sparpaket II im Gegensatz zum Sparpaket I auch die Besserverdienenden zur Kasse gebeten hat.«

Der Wirtschaftsforscher fürchtet eine Senkung der Reallöhne durch eine weitere

zu. Die Unternehmer aber beschwor der Experte, daß eine gewerkschaftliche Gegenoffensive nicht nur den Arbeitnehmern, sondern letztlich auch den Unternehmern nützen würde.

Solidarische Verteilung der Arbeitszeit

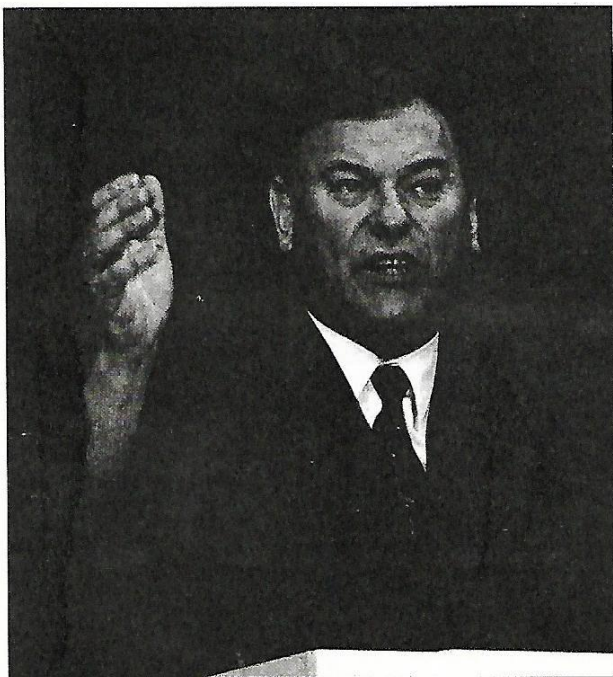
Eine solidarische Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Einkommenskürzung, aber eventuell bei Ausgleich »durch Freizeitblöcke« forderte Sozialforscher Bernd Marin, der ein düsteres Bild vor allem von der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit in Europa (zum Beispiel in Italien) zeichnete: »Um die Arbeitszeitdebatte kommen wir nicht herum!«

Marin bezeichnete die versuchte Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen als »Sozialschmarotzer« als reaktionäre und »faschistoide«

Menschen ohne Arbeit als 1933, im Jahr der Machtergreifung Hitlers.

Der Sozialwissenschaftler hatte aber noch mehr drastische Beispiele anzubieten: Im vergangenen Jahrzehnt waren 1,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher schon mindestens einmal arbeitslos. In der EU erhält erstmals mehr als die Hälfte der Arbeitslosen kein Arbeitslosengeld, sondern Sozialhilfe. Nicht zuletzt gibt es im OECD-Bereich 13 Millionen Arbeitslose, die nicht registriert sind.

Leidenschaftlich engagierte sich Marin für den Abbau von Überstunden, die er als »Ausdruck von Mißmanagement« bezeichnete. Allein in Österreich könnten dadurch bis zu 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch Marin warnte die Unternehmer davor, die europäische Massenarbeitslosigkeit



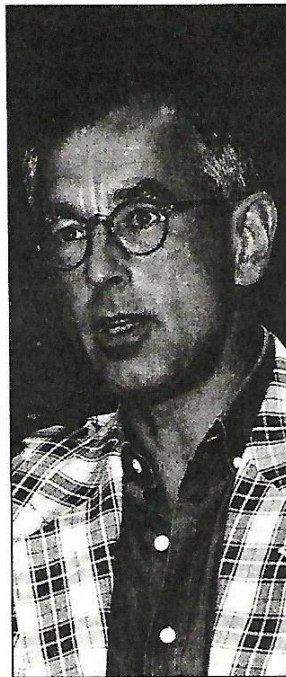
Rudolf Nürnberger

der Hochzinspolitik der Notenbanken

- und hohe Budgetdefizite sowie steigende Staatsschuldenquoten.

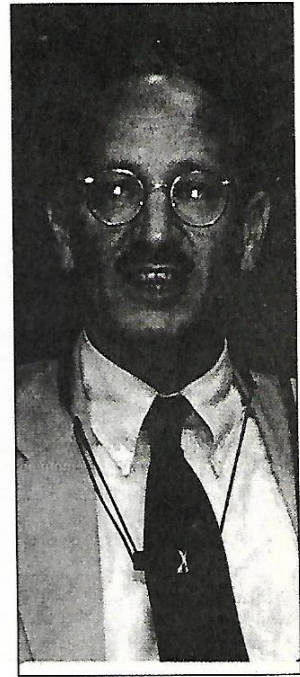
Für den Wirtschaftsforscher war auch die Hochzinspolitik der deutschen Bundes-

»weltweite neoliberale Konterrevolution«. Den Gewerkschaften, deren »offensive Gegenstrategien noch auf sich warten lassen«, schreibt Schulmeister eine »zentrale Rolle im Widerstand gegen diese neoliberalen Strategien«



Stephan Schulmeister

Strategie. EU-weit werden bis zum Jahr 2000 etwa 20 bis 25 Millionen Beschäftigte weniger genauso viele Produkte herstellen und Dienstleistungen erbringen wie heute. In absoluten Zahlen gerechnet seien heute in Europa mehr



Bernd Marin

als »Gunst der Stunde« zu nutzen, um die Gewerkschaften zu schwächen: »Unternehmer müßten sich eigentlich starke Gewerkschaften als Verhandlungspartner wünschen.«

H. K.